

Politische Psychologie heute. Zur Lage kritischer Sozialwissenschaften an der Universität

(Vortrag auf der Gründungsversammlung des AG PolPsy Hannover am 14. Januar 2009)

Die Stellung kritischer Geistes- und Sozialwissenschaften an der Universität heute ist prekär. Sie werden – wieder einmal? – zunehmend marginalisiert. Und wenn sie schon nicht in der Verfolgung von Personen regelrecht vertrieben werden, so verschwinden sie doch langsam, aber erkennbar aus dem institutionellen Kern der Universität. Diese kritischen Wissenschaften haben zu ihrer Grundlage eine Theorie, die es ihnen – im Gegensatz zur traditionellen – erlaubt, geschichtsmaterialistische Kritik mit dem emanzipativen Interesse an gesellschaftlicher wie individueller Veränderung zu verbinden (Horkheimer 1937).

Aber zunächst zurück zur universitären Stellung kritischer Theorie und Wissenschaft . Die Marginalisierung geht einher und wird begründet mit der Obsoleszenz und Irrelevanz dieser Wissenschaft(en) bzw. der Abkömmlinge dieser Theorie, ihrem Veralten und ihrer Belanglosigkeit angesichts der Gegenwart. Daß das Veralten einer Theorie ihrem Wahrheitskern keinerlei Abbruch tut, sondern im Gegenteil diesen erst deutlich hervor treibt, hat Herbert Marcuse im Hinblick auf die Psychoanalyse gezeigt. Ich empfehle dringend die Lektüre, und wenn nicht die Erst-, dann die Zweitlektüre, und wenn nicht die Zweit-, dann die Drittlektüre dieser Schrift.¹ Und was die Irrelevanz angeht, so wird etwas nicht einfach, kein Mensch weiß wie, irrelevant, sie kann auch aktiv und absichtsvoll betrieben werden. Auch eine Theorie oder Wissenschaft kann irrelevantisiert, für belanglos, für unerheblich erklärt werden. Diesen hübschen Ausdruck habe ich nicht selber erfunden. Ich fand ihn kürzlich als Name eines Universitätsinstituts: „Institut für vergleichende Irrelevanz“. So jedenfalls haben Studierende der Frankfurter Universität das anglistische Institut, das sie seit mehreren Jahren besetzt halten, genannt. (Sein ordentliches Personal ist längst

¹ Das Veralten der Psychoanalyse (1963), in: Kultur und Gesellschaft 2, Frankfurt a.M. 1965 (es 135 und in den „Schriften“ Bd. 8).

auf den neuen Westend-Campus umgezogen.) Spontan gefiel mir der Dada- und Pop-Gehalt dieser Namensgebung, aber die Namensgeber haben wohl eher an die Irrelevanz ihrer ursprünglich dort ansässigen Wissenschaften gedacht, etwa in dem Sinne wie Klaus Holzkamp, Lehrstuhlinhaber für Psychologie an der FU Berlin, in den 60er Jahren unter dem Titel „Die Irrelevanz psychologischer Forschung“ sein eigenes Fach materialistisch-kritisch attackiert hatte. (Natürlich taucht die „vergleichende Irrelevanzforschung“ in Umberto Ecos „Foucault'schem Pendel“ auf, und zwar im zuletzt angeführten Sinne.) Aber vielleicht haben die Namensgeber auch – und die Frankfurter Universität bietet ja reiches Anschauungsmaterial für diesen Vorgang – daran gedacht, daß Irrelevanz sich nicht nur einstellt, sondern auch hergestellt werden kann für eigentlich Unverzichtbares. So jedenfalls verstehe ich hier Irrelevantisierung.

Die Pflege und Weitergabe der Bestände kritischer Theorien, ihre aktualitätsbezogene Fortentwicklung und eine von ihren Erkenntnisinteressen inspirierte und getragene empirische Forschung verlieren ihren institutionellen Ort. Es ist schwer zu begreifen, warum eine Gesellschaft, deren Überleben mit großer Wahrscheinlichkeit von der Entwicklung von Alternativen zur herrschenden Ordnung und ihren gesellschaftlichen Praktiken abhängt, sich dieser Möglichkeit eines wissenschaftlich ausgebildeten Probehandelns begibt. Oder ist es etwa nur zu offensichtlich?

Im wesentlichen zwei Instrumente sind es, mit denen gegenwärtig die akademische Randständigkeit kritischer Sozialwissenschaft hergestellt wird. Da ist zum einen die finanzpolitisch begründete Ressourcenverknappung, die an einzelnen Standorten bis zur Abwicklung und Schließung ganzer Fächer und Studiengänge führt. Da ist zum anderen ein quantitativ erheblicher Pensionierungsschub einer ganzen Generation von akademischen Lehrern in einem ungewöhnlich kurzen Zeitraum, der Generation, die ich hier recht pauschal als 68er bezeichnen will. Darüber hinaus bietet der sog. Bologna-Prozeß – das sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt – mannigfaltige Möglichkeiten, bestimmte Studieninhalte auszutauschen und abzuschaffen. Wirkt das erste Instrument rein quantitativ als Stellenabbau, so wirkt das zweite qualitativ, und zwar als inhaltlicher Hebel zur Anpassung an Main stream- und affirmative Wissenschaft und Eliminierung kritischer. Stellendenominationen werden auf der Grundlage von Evaluationsergebnissen, die Evaluatoren

regelmäßig Vertreter des Main stream, nach ministeriellen Vorstellungen bzw. Vorstellungen einer sog. Wissenschaftlichen Kommission beim Wissenschaftsminister vorgenommen. Freigaben unbesetzter Stellen werden an die Bedingung gebunden, daß eine Mehrheit der Berufungskommissionsmitglieder von auswärts kommt, wenn diese nicht gleich unter Mißachtung von Regularien eingesetzt werden. Um Euch nicht zu langweilen, will ich nicht das ganze Arsenal von prozeduralen Hebeln nennen, das zur Herstellung eines erwünschten personellen und wissenschaftspolitischen Ergebnisses eingesetzt werden kann. Beide Maßnahmen, Stellenabbau und Neubesetzungen nach dem Ausscheiden von Stelleninhabern, sind doppeldeutig. Sie können als Sachzwang gerechtfertigt und gleichzeitig als Instrumente zur Durchsetzung einer bestimmten Auffassung von Wissenschaft eingesetzt werden. Das erinnert in fataler Weise an eine Phase im „Krieg der Sterne“ mit dem Titel „*The Empire strikes back*“. Aber es sind nicht nur „die da oben“, die in diesem Sinne tätig werden. In der Universität selber haben sie ihre *willing executors*. Unter den Fachvertretern gibt es ein erhebliches Potential von Ressentiment und Ranküne gegen kritische Theorie und Wissenschaft.

Das Schicksal der Sozialwissenschaften in Hannover ist hierfür geradezu exemplarisch. Der Ausbau der TH Hannover zur Volluniversität erfolgte weitgehend in den 70er Jahren zur Schaffung von Lehrerausbildungskapazität unter einer SPD-Landesregierung und einem zum linken Flügel der SPD zählenden Wissenschaftsminister, der übrigens vorher selber den Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der TH innegehabt hatte. In dieser Zeit erfolgten die Berufungen und die Stellenbesetzungen eines erheblich erweiterten Mittelbaus in den Fächern Politische Wissenschaft, Soziologie und Psychologie im Sinne einer kritischen Sozialwissenschaft. Ausdruck in der Lehre fand diese Konstellation in einem integrierten sozialwissenschaftlichen Diplomstudiengang mit diesen drei Fächern als sog. Kernfächer. Einige von Euch, vermute ich, studieren ihn heute noch. Im Grundstudium war ein die Grenzen der Kernfächer überschreitendes, eher an gesellschaftlichen Problembereichen als an wissenschaftlich konstituierten Gegenständen orientiertes Grundkursprogramm zu absolvieren – politisches Herrschaftssystem, Arbeit und Produktion, Sozialisation und Familie –, das für Studierende wie Dozenten sehr arbeitsintensiv war, während im Hauptstudium der fachliche Aspekt stärker zum Tragen kommen sollte. Ein Kernfach konnte im Laufe des Hauptstudiums abgewählt und die Diplomarbeit

mußte in einem einzelnen Kernfach geschrieben werden. Allerdings war in dieser Arbeit der fächerübergreifende Zuschnitt des Gesamtstudiums immer zu berücksichtigen. Und ein Teil der mündlichen Prüfung, das einstündige Kolloquium, wurde zu einem einzigen Thema von je einem Vertreter jedes Kernfaches abgenommen. Ich habe diesen Studiengang, der eine Neubestimmung des Verhältnisses der Fächer zueinander anstrebte und eine Kooperation von Fächern zum Ziel hatte, die traditionell und zu ihrem eigenen Schaden strikt voneinander getrennt betrieben wurden, immer als vorbildlich empfunden. Er knüpfte an Vorstellungen von Studium und Lehre an, die in der Protestbewegung in der kritischen Auseinandersetzung mit dem herrschenden Universitätsbetrieb entstanden waren. In Akten vorausschauenden Gehorsams wurden allerdings lange bevor der jetzt zu beobachtende *roll back* einsetzte, und zwar immer ohne Not, Retuschen an dem Studiengang vorgenommen, die zunehmend insbesondere seine theoretische Option für ein historisch-materialistisches, an Emanzipationsimpulsen und praktischen Interessen orientiertes Wissenschaftsverständnis unkenntlich machten.

Das Ergebnis dieses Prozesses, der zynischerweise auch noch als „Reform“ deklariert wird, kennen Sie inzwischen besser als ich. Ich bin seit mehr als drei Jahren hier nicht mehr aktiv. Der vielleicht einschneidendste Verlust im Bereich der Sozialwissenschaften werden, wie die Dinge liegen und worauf die Gründung der AG PolPsy reagiert, Psychoanalyse und Politische Psychologie sein, die der in Hannover in die Sozialwissenschaften integrierten Psychologie bzw. Sozialpsychologie ihr besonderes Profil geben. Diese Politische Psychologie war auf's engste mit der Person des ersten Lehrstuhlinhabers für Psychologie an der TH Hannover, Peter Brückner, verbunden. Er engagierte sich vorbehaltlos in der Protestbewegung, die etwa zeitgleich mit seiner Berufung auf ihren 68er Höhepunkt zuzusteuern begann, und wurde später zum ebenso konsequenten Kritiker ihrer dogmatischen und ultraradikalen Zerfallsprodukte. In den 70er Jahren lag er im ständigen, zermürenden politischen, aber juristisch ausgetragenen Konflikt mit der Landesregierung. Über längere Zeiträume wurde er von seinem Lehramt ferngehalten und hatte Hausverbot in der Universität. Er ist bereits 1982 gestorben. Sein Lehrstuhl wurde gestrichen. Eine Nachfolge gab es nicht.

Im Folgenden werde ich einige allgemeine Züge dieser Politischen Psychologie

hervorheben. Sie ist keine wissenschaftliche Disziplin oder gar Teildisziplin im üblichen Sinne. Diese Gestalt ist ihr nicht angemessen. Vielmehr hat sie den Status eines auf spezifische historisch-gesellschaftliche Konstellationen bezogenen wissenschaftlichen Analyse- und Arbeitsfeldes. Das schließt ein, daß sie nicht vollständig von den Idiosynkrasien und der besonderen Lebensgeschichte eines einzelnen Forschers wird unabhängig sein können, was übrigens bereits für Freud selber galt. Man denke nur an seine psychologische Konzipierung von Weiblichkeit. Der Preis von Abstrichen vom normalwissenschaftlichen Ideal einer vollkommenen methodischen Übertragbarkeit und einer restlosen Intersubjektivität ist angesichts des zu erwartenden Erkenntnisgewinns nicht zu hoch. Ich verweise auf eine zweite Pflichtlektüre für den Politischen Psychologen: Georges Devereux‘ „Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften“ (1967).²

Im Anspruch noch weit über eine wissenschaftliche (Teil-)Disziplin hinausgehend schwebte es Klaus Horn vor, eine psychoanalytisch inspirierte Politische Psychologie als eine Art Meta- oder Vermittlungsdisziplin für die anderen Sozialwissenschaften auszubauen.³ Zur selben Zeit verstand Peter Brückner sie positioniert in einem Zirkel von eigenem praktisch-politischem Engagement, das er gleichsam als *action research* betrieb, und der psychologisch-psychoanalytischen Reflexion auf dieses Handeln, die es gleichzeitig als Medium der Selbstverständigung der Einzelnen oder von Gruppen, die die gesellschaftliche Alternative anstreben, zu entwickeln galt. Das war gleichsam die Seite der subjektiven Strukturanalyse, während er wenig später mit psychohistorischen Studien⁴ die Seite der objektiven Bedingungsanalyse in Angriff nahm, die die historische Entstehung der Gegenstände psychologischer Analyse im Zuge des Wechsels von Produktionsweisen und der Herstellung zeitgenössischer Lebens- und Erfahrungszusammenhänge darzustellen versuchten. Was Brückner angeht, so ist

² Frankfurt a.M. 1984 (stw 461).

³ Sozialpsychologie versus politische Psychologie (1975), in: Politische Psychologie. Schriften zur kritischen Theorie des Subjekts I (ed. H.–J. Busch), Frankfurt a.M. 1989.

⁴ Psychologie und Geschichte. Vorlesungen im >Club Voltaire< 1980/81 (ed. A.R. Oestmann), Berlin 1982.

es vielleicht nicht unwichtig zu wissen, daß er, der eine Lehranalyse am SFI Ffm. abgebrochen hatte, auch als vehementer Kritiker der Psychoanalyse auftrat. In seiner Methode blieb er aber dem analytischen Prozeß verpflichtet. In beiden Fällen, sowohl Horn wie Brückner, kann man eine Art Grundlegung und sehr prinzipielle Legitimation einer relativen Eigenständigkeit der Politischen Psychologie erkennen, in welchem Ausmaß auch immer beide den Integrationsversuch der Psychoanalyse in die Gesellschaftswissenschaften, den die frühe kritische Theorie betrieb, zum Vorbild hatten.

Die Besonderheit der Politischen Psychologie liegt nicht nur in ihren Gegenstandsbereichen oder der kategorialen Konstitution ihres Gegenstandes, sondern auch darin, daß sie sich ihrer wie immer gearteten Verbindung zu Handelnden, Hoffenden und Leidenden sicher sein sollte, was den wissenschaftlichen Betrachter selber einschließt, ohne sich dabei jedoch von den ihn tragenden wissenschaftlichen Ressourcen abzuschneiden. Sie findet damit nur im Kontext kritischer, nicht traditioneller Theorie ihren Ort. Zu den anderen am Projekt einer integrierten Gesellschaftstheorie beteiligten Wissenschaften tritt sie in ein kritisches, v.a. Erklärungslücken und Ausblendungen aufklärendes Verhältnis. Genau das ist es, was Horkheimer die „hilfswissenschaftliche“ Funktion der Psychologie genannt hat (1932). Darüber hinaus weist er auf einen gesellschaftlichen Zustand hin, in dem wesentlich noch psychologische Faktoren die Bindung der Menschen an die Form der politischen Herrschaft sicherstellen, so daß die „Kritik der politischen Ökonomie“ in eine „Kritik der politischen Psychologie“ übergehen müsse. Eine Änderung des „Rangverhältnisses von Ökonomik und Psychologie hinsichtlich der Geschichte“ sei nicht auszuschließen. Marcuse hat dann mit „Triebstruktur und Gesellschaft“ (1955) sowie im „Eindimensionalen Menschen“ (1964) diesen Hinweis weiter verfolgt.

In einer derartigen Politischen Psychologie kann sich ein emanzipatives Erkenntnisinteresse, das ja auch zumindest den methodischen Kern der Freudschen Psychoanalyse selber trägt, letztlich nur durchsetzen, wenn sie zusammen mit einer Gesellschaftstheorie oder Geschichtsauffassung betrieben wird, die dieses Interesse teilt. Zu diesen und zu den zu ihnen beitragenden Einzelwissenschaften tritt sie in ein ergänzendes, korrigierendes oder kompensatorisches, alles in allem kritisches Verhältnis. Sie richtet ihren Blick auf psychologisch erklärungsbedürftige, anders nur schwer erklärbare oder gar

nicht erst zum Bewußtsein zugelassene, krisenhafte Entwicklungen der Gesellschaft insbesondere auch auf Erosionserscheinungen im individuellen, zwischenmenschlichen und normativen Bereich. Gleichzeitig sollte sie aber auch dazu in der Lage sein, brachliegende menschliche Potentiale gesellschaftlicher Veränderung und ihre Entwicklung hemmende psychologische Faktoren zu erkennen. Sind diese Kriterien und Ansprüche nicht erfüllt, wird Politische Psychologie zur Psychologie der Politik und kann als Bindestrich-Psychologie allenfalls Verfügungswissen bereitstellen, das jedoch jenseits der technisch-instrumentellen Handlungsdimension keinen Erklärungswert besitzt. In jedem Fall ist einer so verstandenen Politischen Psychologie ein weiter Begriff des Politischen und ein umfassendes Verständnis von Politik zugrunde zu legen.

Ich möchte nicht auf die Varianten eingehen, die Freud selber bereits im Hinblick auf so etwas wie eine Politische Psychologie von der „Modernen Nervosität“ bis zum „Mann Moses“, d.h. von 1908 bis 1939, vorgelegt hat. Allerdings möchte ich den einen oder anderen Punkt der einschlägigen nachfreudischen Entwicklung markieren, ohne Vollständigkeit oder die Einbeziehung des internationalen Kontextes anzustreben. Sie gehören zur unmittelbaren Vorgeschichte einer Politischen Psychologie heute und damit auch zu der Initiative, die mit dieser Veranstaltung auf den Weg gebracht werden soll. Es sind dies die Autoritarismus-Studien und das Antisemitismus-Konzept des IfS sowie die psychoanalytisch angeleiteten Zeitdiagnosen Alexander Mitscherlichs.

Sachlich naheliegend und historisch haben sich so etwas wie „natürliche“ Gegenstände und Arbeitsfelder der Politischen Psychologie (und selbstverständlich analytischen Sozialpsychologie) herausgebildet: Autoritarismus, soziales Vorurteil, Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, die nicht in separaten Abhandlungen Freuds vorgebildet sind. Vielmehr kommen in ihnen zentrale Konzipierungen der Psychoanalyse insgesamt wie Trieb und Trauma, Abwehr und Widerstand, die Lehre von den Abwehrmechanismen und die dynamische Betrachtungsweise, die psychische Phänomene als Resultate von Konflikten und ihrer mißglückenden Bearbeitung und Lösung sieht, zur Anwendung. Und nicht nur das: Oft werden in diesen Arbeitsfeldern die Erfahrungs- und Konzeptbestände der Psychoanalyse als ganzer erweitert, wie bei Freud selber schon, der das Konzept des Ich-Ideals in

seiner „Massenpsychologie“ (1921) entwickelt.

So ist die nach wie vor avancierteste Theorie des Antisemitismus, das Kapitel „Elemente des Antisemitismus“ aus der „Dialektik der Aufklärung“ (1947/1987), ohne Freuds Psychoanalyse im genauen Wortsinn *undenkbar*. Sie enthalten allerdings in Thesenform nur Umriss einer solchen Theorie. Die sechste These, anthropologisch-erkenntnistheoretisch, kreist um die Begriffe Projektion, falsche bzw. pathische Projektion und Paranoia. Die Autoren gehen davon aus, daß die projektiven Anteile von Wahrnehmen, Denken und Erkennen, die jeder Einsicht als Brücke zwischen Eigenem und Fremdem, Bekanntem und Unbekanntem vorausgehen, langsam – sowohl phylo- als auch ontogenetisch – durch die Entwicklung und Stärkung von Ich-Funktionen kontrolliert werden. Antisemitismus als pathische Projektion ist eine immer gegenwärtige Möglichkeit. Gerade in Gestalt des abendländischen Rationalitätstypus bleibt das Denken überwiegend in den Funktionskreis von Selbsterhaltung und Naturbeherrschung gebannt. Es erreicht nicht die an bestimmte Ich-Leistungen gebundene Stufe der Reflexion. Vernichtungsantisemitismus steht am Ende eines Denkens, in dem Projektion nicht durch die „bewußte Arbeit des Gedankens“ sublimiert und die „durch Reflexion ungebrochene Selbstbehauptung“ nicht transzendiert wird. Die falschen Projektionen schließen sich dann zu einer insgesamt paranoiden Struktur zusammen, die die Gesellschaft und ihre Ideologie beherrscht, aber dem Einzelnen die psychische Erkrankung erspart. Gesellschaftliche Destruktivität in großem Maßstab wird frei. Die Einzelnen bleiben funktionsfähig – gerade auch als Mittäter und *willing executors*.

Die empirischen Studien des IfS, „Autorität und Familie“ (1936), „The Authoritarian Personality“ (1950) und „Gruppenexperiment“ (1955) können als erfahrungswissenschaftliches Paradigma für eine Politische Psychologie gelten. Was das Ergebnis dieser Studien angeht, die Herausstellung des Autoritarismus als Subjektivitätsform, so ist zu fragen, ob das Konzept noch geschichtsan gemessen ist. Ich werde darauf zurückkommen.

Mit Alexander Mitscherlich tritt in der 1950er und 1960er Jahren eine Gestalt mit einer anderen intellektuellen Physiognomie als exemplarischer Repräsentant einer Politischen Psychologie hervor. Sein Selbstverständnis ist von seiner ärztlichen Profession geprägt. Sein ursprüngliches Gebiet ist die Psychosomatik,

für das er zunehmend die Freudsche Psychoanalyse reklamiert und die er aus dem angelsächsischen Exil, in das der NS sie gezwungen hatte, nach Westdeutschland zurückholt. Sein „klinischer“, individualisierender Blick, der in der Politischen Psychologie insbesondere auf die Pathogenese des „Sozialkörpers“ und des „politischen Körpers“ gerichtet ist, unterscheidet ihn ohne Zweifel von den bisher behandelten Positionen. Nicht daß bei ihm die politisch-gesellschaftliche Kritik nicht von einer bestimmten Geschichts- und Gesellschaftsauffassung getragen wäre. Immerhin erscheint von ihm 1946 eine gemeinsam mit Alfred Weber verfaßte Schrift „Freier Sozialismus“. Allerdings war diese Auffassung viel weniger elaboriert und sein Kritikimpuls stammt zu viel größeren Anteilen aus der Psychoanalyse selber, was übrigens – ich erinnere an Marcuses „Veralten der Psychoanalyse“ – als ein Beleg für das der Freudschen Lehre selber immanente Kritikpotential gelten kann. Er war mit den Buchtiteln der „Vaterlosen Gesellschaft“ (1963), der „Unwirtlichkeit unserer Städte“ (1965) und der „Unfähigkeit zu trauern (gemeinsam mit Margarethe Mitscherlich 1967) ein bedeutender Stichwortgeber der Kritik an der postfaschistischen Bundesrepublik, mit der er selber in die politischen und sozialen Formierungsprozesse der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft interveniert. Jedoch bleibt für Mitscherlich die Erfahrungsbasis einer Politischen Psychologie das ärztlich-therapeutische Behandlungszimmer, wie die Autoren in der „Unfähigkeit zu trauern“ hervorheben. Sein Interesse richtet sich primär auf die sozialen und politischen Pathologien.

Diese Stelle bietet sich an für den Hinweis auf einen besonderen Typus von Politischer Psychologie, nämlich die psychoanalytisch angeleitete Zeitdiagnostik und Gegenwartsanalyse und darüber hinaus die Charakterisierung ganzer historischer Phasen oder sogar Epochen im Hinblick auf spezifische Subjektivierungsformen. Ich nenne einzelne Beispiele: David Riesmans „Einsame Masse“ (1950), ein früher Versuch, der sich auf das Personmodell der Psychoanalyse und ihre Vorstellung von der Entstehung verhaltensleitender Normen stützt, Thomas Ziehes NST, d.i. der neue Sozialisationstyp („Pubertät und Narzißmus“, 1975) und Christopher Laschs „Zeitalter des Narzißmus“ (1979/1995), die sich beide auf das von Freud erst relativ spät eingeführte Narzißmuskonzept stützen, das in den 60er und 70er eine Hochkonjunktur hatte und mit der Selbstpsychologie sogar eine veritable Abspaltung von der Psychoanalyse hervorgebracht hat. Das neueste Exemplar dieses Typus, Alain

Ehrenbergs „depressive Gesellschaft“ („Das erschöpfte Selbst“, 1998/2004) (Melancholie bzw. Depression spielen bekanntlich in der psychoanalytischen Psychopathologie eine große Rolle und sind dort breit diskutiert), ist leider in besonderer Weise mißlungen.

Derartige Diagnosen leiden durchweg an einem Mangel, den ich realsoziologisches Mißverständnis nenne. Sie unterstellen, psychoanalytisch unhaltbar, daß soziale und historische Umstände im Zuge der inneren Struktur- und Repräsentanzenbildung mehr oder weniger getreu abgebildet werden. Diese Bildungen sind jedoch subjektive Neuschöpfungen von Welt und nicht deren Abbild – selbstverständlich einschließlich Entgleisungen, Störungen und Pathologien sowie sicherlich auch erzwungener Standardisierungen. Jedes Individuum bildet „seine ihm und nur ihm eigene psychische Realität aus“ (R. Reiche). Das weist auf der Seite der Subjekte auf ein Potential von Befreiung und Emanzipation hin, während die durchweg funktionalistisch argumentierenden epochenspezifischen Charaktertypologien nur den Weg ins Verhängnis sehen. Diese subjektive Neuschöpfung von Welt durch jedes einzelne Individuum ist der materielle Kern von gesellschaftlicher Dissidenz, politischem Widerstand und Entwürfen alternativer Lebensverhältnisse auf der Seite der Subjekte. Der Charakter der Neuschöpfung bleibt noch in dem, was Adorno das „Beschädigte“ genannt hat, im Abweichenden und auch noch im Pathologischen, kenntlich. Trotzdem behalten diese Versuche, Charaktertypen oder typische psychische Tendenzen zu umreißen, richtig gelesen, einen bestimmten Erklärungswert. Dieses Analysegenre ist nicht pauschal zu verwerfen, wird mit ihm doch der Versuch unternommen epochenspezifische Formen von Subjektivität zu beschreiben. Ich komme noch einmal darauf zurück.

Auf zwei dieser, wie ich es genannt habe, „natürlichen“ Gegenstände wird eine so verstandene Politische Psychologie gegenwärtig ihr Anstrengungen zu richten haben, die der New Yorker Psychoanalytiker Martin Wanhg, Aggression und Destruktivität hinzufügend, in einem „Psychoanalytischen Selbstbildnis“ so markiert:

„Zu zwei Themen sollte die heutige Psychoanalyse ... ihren wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Beitrag leisten: erstens zur ... Erforschung der Entstehung und Fortdauer von Vorurteilen, zweitens zur

Erforschung der Ursachen menschlicher Aggression. ... Da der Geist, der die totale Selbstzerstörung der Menschen bewerkstelligen kann, mittlerweile aus der Flasche heraus ist, ist wohl auch der Impuls, ihn zu beschwören (das heißt, Thanatos die Oberhand über Eros gewinnen zu lassen) heute allgegenwärtig ...“⁵

Allerdings geht es nicht nur die „Fortdauer von Vorurteilen“ – der Begriff Vorurteil hat angesichts der Destruktivität, die es auslösen kann, immer etwas verharmlosendes – es geht um ihren, ihre Gefährlichkeit steigernden Gestaltwandel: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus, Ethnisierung sozialer und politischer Konflikte, Fundamentalismus. Und was die Aggression angeht, so sind es neben der atomaren Bedrohung, die Wangh im Auge hat und die mit dem Ende des globalen Antagonismus von West und Ost nicht verschwunden ist, regionale, imperiale und asymmetrische sowie die sog. vergessene Kriege – etliche mit genozidalen Prozessen im Gefolge – aber auch „terroristische“ Destruktivität, die uns beunruhigen müssen und für die wir Erklärungs- und Abhilfemittel brauchen.

Im Hinblick darauf ist die Rehabilitierung und Aktualisierung des Traumakonzepts hochbedeutsam, das bekanntlich für Freud nur zeitweilig hinter die Klärung von Psychodynamiken nach dem Triebmodell zurückgetreten war und mit der Entdeckung des Wiederholungszwanges – übrigens im Zuge der Behandlung psychischer Kriegsfolgeschäden – und der Schrift „Jenseits des Lustprinzips“ (1920) wieder in den Vordergrund trat. Es gab hier offenbar einen Wirkungszusammenhang, der nicht auf eine konflikthafte Dynamik in der Lust/Unlust-Dimension zurückzuführen war. Später erklärt er im „Mann Moses“ zentral mit diesem Konzept die Entwicklung der jüdischen Religion, wie sie in seinen Augen den Antisemitismus begründet. Zumindest implizit handelt es sich bei dieser Schrift um seine Antisemitismustheorie. Das Konzept vermag zu klären, wie äußere, letzten Endes immer gesellschaftlich-politische Realität in die innere, psychische Realität einbricht, innere Struktur und Repräsentanzen schädigt, ja zerstört und den für Menschen lebenswichtigen Psychismus außer Kraft setzt. Wegweisend war hier die wissenschaftlich begleitete Behandlung von Überlebenden des Holocaust. Die Entdeckung des intergenerationellen

⁵ Martin Wangh. Ein psychoanalytisches Selbstbild. in: L.M. Hermann (ed.): Psychoanalyse in Selbstdarstellungen, Bd. 3, Tübingen 1995, p. 405 f.

Transfers des Traumas könnte u.U. auch auf die Spur der psychischen „Vererbung“ von Gewaltförmigkeit führen, wird auf diese Weise doch ganz allgemein konzipiert, welche psychischen Ausgänge erlittene und möglicherweise sogar ausgeübte Gewalt – Stichwort „Täter“ – findet.

Die Schwerpunkte, die die AG PolPsy für ihre Arbeit nennt, halten sich im Rahmen der skizzierten Traditionsbestände von „natürlichen“ Arbeits- und Analysefeldern und der von Martin Wangh markierten Themen. Eines der Themen allerdings, ich meine „Adoleszenz und Migration“ weist über diesen Rahmen hinaus, wenn auch nur im Hinblick auf eine Teilpopulation. Es zielt nämlich, ich vermute es jedenfalls, auf die Subjektivitätsformen, die sich unter bestimmten gesellschaftlichen Lebens- und Erfahrungsbedingungen ausbilden. So gehört möglicherweise das autoritäre Syndrom, das insbesondere die erste und zweite Studie des Instituts für Sozialforschung konzeptualisieren, inzwischen der psychohistorischen Vergangenheit an. In einer soziohistorischen Phase des Übergewichts außerfamilialer Sozialisationsinstanzen, flacher Hierarchien in der Arbeitsorganisation, prekärer Beschäftigungsverhältnisse, in denen der abhängig Beschäftigte zynisch als Ich-AG oder Arbeitskraftunternehmer apostrophiert wird, der umfassenden Mediatisierung und Digitalisierung, des „flexiblen Menschen“ (Richard Sennett) insgesamt sind vermutlich andere, sicher nicht weniger wirksame Abhängigkeitsverhältnisse getreten als die personbezogene, quasi-familiale Über- und Unterordnung und ihre psychische Verankerung, die sich offenbar nur in bestimmten historischen Familienformen vollzieht. Die funktionellen Äquivalente des Autoritarismus führen zu anderer Anfälligkeit für Ideologien und destruktive Politik und zu anderen emanzipativen Impulsen und Vorstellungen. In der Ermittlung derartiger, möglicherweise qualitativ gänzlich neuer Subjektivierungsergebnisse und Formen von Subjektivität sehe ich im übrigen eine zentrale Aufgabe einer Politischen Psychologie heute und damit ein Desiderat der Schwerpunktplanung der AG PolPsy. Denn derart veränderte Subjekte werden gleichzeitig das Subjekt der Veränderung sein.

Ich plädiere darüber hinaus für eine Art *widening scope* unseres Theorienspektrums. So hat sich etwa der späte Foucault intensiv mit Problemen der Subjektformierung befaßt. Die Rezeption dieses Ansatzes hat bereits zu Ergebnissen geführt, die eine Politische Psychologie kritisch sich aneignen

müßte.⁶ Es geht darum, ein möglichst breites Spektrum von Theorie im Auge zu behalten, kritische, geschichtsmaterialistische, feministische, poststrukturalistische bis hin zu den Ansätzen der *postcolonial* und *cultural studies*. Sie sind übrigens durchweg Ergebnisse der Auseinandersetzung mit dem Marxismus. Die eine oder andere beansprucht sogar das Erbe der Marxschen Theorie. Die hannoverschen Sozialwissenschaften, ursprünglich auf Marxismus und kritische Theorie eingeschworen, haben hier Nachholbedarf. Nur feministische Theorieansätze sind hier darüber hinaus wirklich präsent, sollen aber signifikanterweise, wie aus der Entwicklungsplanung der Fakultät hervorgeht, auch in Kürze verschwinden. Der Ikonoklasmus der Main stream-Wissenschaft scheint vor nichts haltzumachen

Zwei Voraussetzungen müßte also ein Studienangebot erfüllen, in dem Politische Psychologie selber zu den Angeboten gehört: Die Repräsentanz von Gesellschaftstheorie im Sinne kritischer, d.h. im Unterschied zu traditioneller und affirmativer. Und wenn die AG PolPsy zurecht „eine systematische Anknüpfung an neuere psychoanalytische Konzept- und Grundlagenforschung“ für „dringend erforderlich“ hält, müßte ein entsprechendes Lehrangebot vorgehalten werden. Dem Erwerb psychoanalytischen Wissens im Vollbild sind im universitären Unterricht ohne Zweifel gewisse Grenzen gesetzt. Ich weiß das sehr genau. D.h. aber nicht, daß es deswegen unterbleiben sollte. Ich weise hin auf einen Aufsatz von Lilli Gast, die hier am Institut lehrt.⁷

Noch eine letzte Ermutigung: Was die Lage kritischer Sozialwissenschaft angeht, so ist Hannover kein Einzelfall. An vielen Standorten ist sie bedroht. Es ist daher nicht verwunderlich, daß ähnliche Initiativen an mehreren Orten, teilweise schon seit Jahren existieren. Ich verweise auf das überregionale Beispiel der „Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AKG)“⁸ die schon seit fünf Jahren aktiv ist, und Politikwissenschaftler und Soziologen aus

⁶ Vgl. etwa Ulrich Bröckling: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a.M. 2007 (srw 1832).

⁷ Zur Psychoanalyse an der Universität. Eine Unverzichtbarkeitserklärung, Werkblatt 55, Heft 2/22. Jg., 2005.

⁸ www.akg-online.org (23. Januar 2009).

Frankfurt a.M., Berlin, Marburg und Köln organisiert. Sie unterhält eine Publikationsreihe und führt jährlich überregionale Tagungen durch. Darüber hinaus verfolgt sie das ehrgeizige Ziel, ein Forschungsprogramm zu entwickeln und eine Stiftung ins Leben zu rufen, die vielleicht einmal einzelne Forschungsprojekte oder sogar ein ganzes Institut unterhalten kann. Mitglieder sind Studierende, Promovenden mit und ohne Förderung, Postgraduierte und Postdoktoranden sowie Habilitierte – arbeitslos, in prekären Beschäftigungsverhältnissen, auf Zeitstellen und Vertretungen im Hochschulbereich. Nur eine verschwindende Minderheit sitzt auf festen Stellen, die neben Zeitstelleneinhabern und Stellenvertretern die Verbindung mit der Institution Universität herstellen können und die Möglichkeit haben, Förder- und Projektmittel zu beantragen und auf Stellenbesetzungen Einfluß zu nehmen.

Diese Form der Selbstorganisation kritischer Sozialwissenschaftler könnte Walter Benjamin vorgeschwebt haben. In einer Rezension von Kracauers „Angestellten“-Buch verweist er die kritische Intelligenz hinsichtlich ihres politischen Anspruchs auf die „indirekte Wirkung“ der Verfolgung bestimmter Erkenntnisinteressen und der entsprechenden Organisation der Erkenntnismittel. Galt sein Hinweis noch der Anlage und dem Stil einer frühen soziologischen Studie, so ist er in der heutigen Situation erst recht für eine Gruppe von kritischen Sozialwissenschaftlern von Bedeutung. Die Mitglieder der heute zu gründenden Arbeitsgemeinschaft sollten weitere dieser Gruppierungen ermitteln und sich mit ihnen in Verbindung setzen, sich mit ihnen „vernetzen“.